



Bündnis

für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.

Die wehrhaften Alten sind die Zukunft der Jungen!

Pressemitteilung

03.08.2014

Urteil des VerfGH NRW

01.07.2014 / Az. VerfGH 21/13

**kostet das Land mehrere hundert
Mio. Euro!**

Bündnis

für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.

Bundesvorstand

Postfach 01

74355 Bönningheim

www.beitragszahler-rentner.de

Kooperationspartner

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.

www.adg-ev.de

Betriebsrentner e.V.

www.betriebsrentner.de

Büro gegen Altersdiskriminierung

www.altersdiskriminierung.de

Das **Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.** wendet sich mit einem offenen Brief an die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen, Frau Dr. Ricarda Brandts.

Das Bündnis bringt kein Verständnis dafür auf, dass die Richterinnen und Richter des VerfGH NRW mit ihrem Urteil ihre eigene Besoldungserhöhung per Rechtsprechung festlegen können. 40% des Landeshaushaltes sind Personalkosten. Tendenz steigend! Die Landesverschuldung beträgt über 131 Mrd. Euro. Tendenz steigend! 4,5 Mrd. Euro benötigt das Land für Zinsen. Trotz Niedrigzinsphase! 260 Mio. Euro erhält NRW aus dem Länderfinanzausgleich.

Alle diese Realitäten beeindruckten den VerfGH NRW nicht. Die verfassungsrechtlich geregelte Alimentation des Berufsbeamtentums und der Richter steht über jeder nachhaltigen Haushaltspolitik. Damit ist das Berufsbeamtentum die einzige Berufsgruppe in Deutschland der es vollkommen egal sein darf wie es um seinen Arbeitgeber (hier NRW) bestellt ist.

Mit diesem Urteil wird nicht nur die Besoldung von knapp 100.000 Beamten um 5,6% erhöht, sondern auch automatisch und „klammheimlich“ die Pensionen von 86.000 Pensionären. Dieses Urteil kostet das Land NRW mehrere Mio. Euro! Und dies obwohl laut statistischem Bundesamt Pensionäre am wohlhabendsten sind und noch vor der Gruppe der Selbständigen liegen. Für das Bündnis ist dies ein Affront gegen dreiviertel der Bevölkerung die in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind und deren Renten nur um 1,67% erhöht werden, obwohl ihre durchschnittliche Altersversorgung knapp einem Drittel der durchschnittlichen Pensionsversorgung entspricht.

Sinkende Renten und wachsende Altersarmut sind keine Naturkatastrophen. Sie sind Folgen einer Politik und einer Rechtsprechung, wo das Wohl von Banken und Versicherungen wichtiger ist als das Wohl älterer Menschen. Diese Politik und Justiz gibt vor, für die Jüngeren zu handeln, und stiehlt dabei allen Generationen die Zukunft. In diesem Kontext müssen die unterschiedlichen Altersversorgungssysteme endlich zur Kenntnis genommen werden. Der offene Brief (der PM beiliegend) an den VerfGH NRW soll dazu beitragen.

Web www.beitragszahler-rentner.de

Email kontakt@beitragszahler-rentner.de